



KONJUNKTURREPORT

13. Jg., Ausgabe 1, März 2013

Moderate Konjunkturerholung in Österreich

Nachdem die Wirtschaftsaktivität im letzten Quartal 2012 schwach war, mehren sich nun die Anzeichen für eine **weltwirtschaftliche** Erholung. Darauf deuten etwa der Frühindikator der OECD und das vom ifo Institut veröffentlichte Weltwirtschaftsklima hin. Dieses ist nach zwei Rückgängen in Folge zuletzt gestiegen. Während sich die Beurteilung der aktuellen Lage nur leicht verbessert hat, wurden die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deutlich positiver beurteilt.

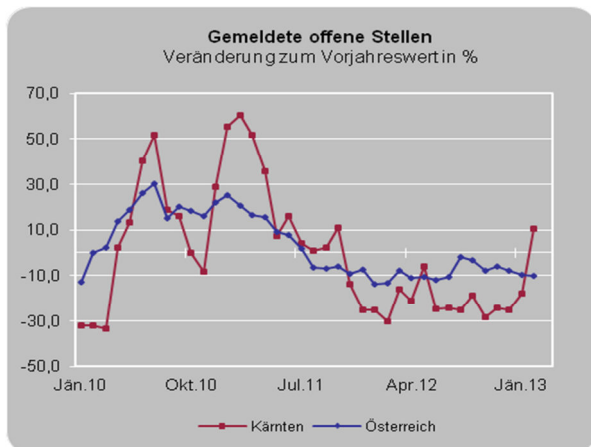
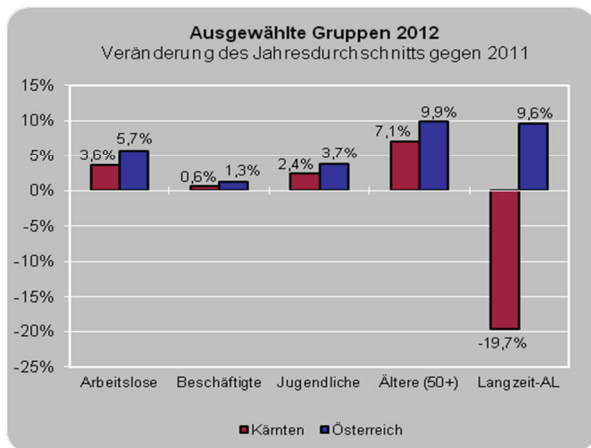
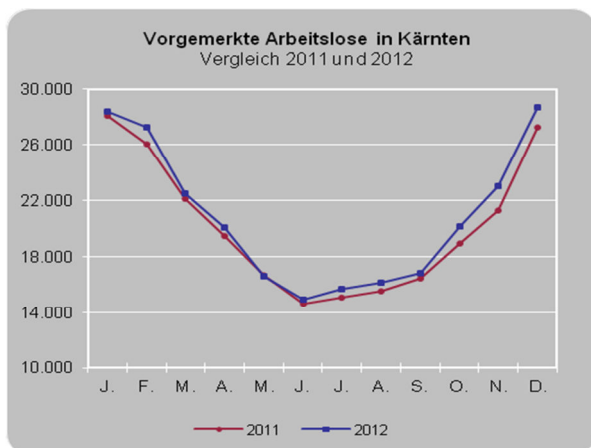
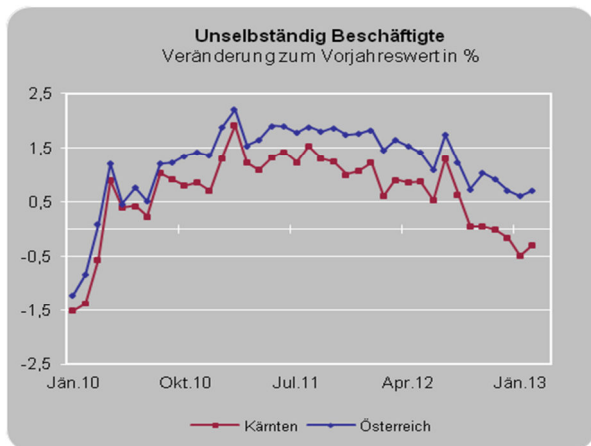
Nach einem Anstieg um 0,8 % im dritten Quartal hat das reale, saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den **USA** im vierten Quartal 2012 stagniert. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom privaten Konsum, den Unternehmensinvestitionen und dem Außenbeitrag. Negativ beeinflussten die Lagerveränderungen und die Staatsausgaben die Entwicklung. Die Schwäche im vierten Quartal dürfte maßgeblich auf die negativen Folgen des Hurrikans „Sandy“ und Befürchtungen der Unternehmen vor starken fiskalischen Belastungen zu Jahresbeginn („Fiskalklippe“) zurückzuführen sein. Im Gesamtjahr 2012 hat die Wirtschaftsleistung in den Vereinigten Staaten um 2,2 % zugelegt, nach 1,8 % im Jahr davor.

Nach einem Rückgang um 1,0 % im dritten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in **Japan** im letzten Jahresviertel um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal gesunken. Vor allem die Anlageinvestitionen und die Exporte waren rückläufig, was von höheren Konsumausgaben und sinkenden Einfuhren nicht kompensiert werden konnte. Im Gesamtjahr stieg das reale BIP gemäß ersten Berechnungen um 1,9 %, nachdem es im Jahr 2011 um 0,6 % zurückgegangen war. In **China** wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal 2012 im Jahresvergleich um 7,9 % ausgeweitet. Für das Gesamtjahr ergibt sich mit 7,8 % die niedrigste Wachstumsrate seit 1999.

Monatliche Indikatoren wie Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze deuten aber auf eine Beschleunigung zu Jahresbeginn hin. Im **Euroraum** sank das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen Oktober und Dezember gegenüber dem Vorquartal um 0,6 %. In der **EU27** fiel der Rückgang mit 0,5 % etwas schwächer aus. Maßgeblich trug dazu der Rückgang des BIP um 0,6 % in Deutschland bei. Dort waren die Ausfuhren und die Investitionen schwach. Die Konjunkturdelle dürfte in Deutschland aber bereits überwunden sein. Hingegen verharren Italien und Spanien in der Rezession, und auch in Frankreich dürfte die Wirtschaftsentwicklung schwach bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2012 sank das BIP im Euroraum um 0,5 % und in der EU27 um 0,3 %. Im Jahr 2011 hatte es noch um 1,4 % (Euroraum) bzw. 1,5 % (EU27) zugelegt.

In **Österreich** ging die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,2 % zurück, nachdem sie im zweiten und dritten Jahresviertel jeweils um 0,1 % ausgeweitet worden war. Für das Gesamtjahr 2012 ergibt sich aus dieser ersten Schätzung ein Wirtschaftswachstum von 0,75 %, nach 2,7 % im Jahr davor. Die Konjunkturschwäche in Europa führte zum Jahresende in Österreich zu sinkenden Exporten, was sich auch in einer rückläufigen Wertschöpfung der Industrie niederschlug. Angesichts der schwachen Nachfrage verringerten die Unternehmen die Ausrüstungsinvestitionen, und die privaten Haushalte hielten sich vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit beim Konsum zurück. Hingegen wurden die Bauinvestitionen und die Wertschöpfung der Bauwirtschaft ausgeweitet. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen nahm die Produktion zu, während im Bereich Handel, Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie die Wertschöpfung stagnierte. Für das erste Quartal deuten die Indikatoren im Einklang mit der weltwirtschaftlichen Erholung bereits wieder eine leichte Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität an.

(Fortsetzung auf Seite 8)



Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch zum Jahresbeginn ist keine Entspannung am Arbeitsmarkt zu beobachten. So betrug im Februar die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 29.024 und liegt damit um 6,5 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 326.401; +5,3 %). Gleichzeitig ist seit Ende des Jahres 2012 in Kärnten die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (Februar 2013: -0,3 %), während österreichweit ein moderater Zuwachs von 0,7 % verzeichnet wird. Prognosen des AMS gehen von einer Konjunkturbelebung im Verlauf des Jahres 2013 aus; das Wirtschaftswachstum wird jedoch nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Es wird eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit (+3,1 %) bei geringem Beschäftigungswachstum von 0,2 % erwartet.¹

Traditionell erfolgt in der ersten Ausgabe des Konjunkturreports ein Rückblick auf die Arbeitsmarkt Entwicklung des abgelaufenen Kalenderjahres: im Jahresdurchschnitt 2012 betrug die Arbeitslosenquote in Kärnten 9,1 % und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres (Österreich: 7,0 %; plus 0,3 Prozentpunkte). Ohne Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik hätte die Arbeitslosenquote laut AMS 11,1 % betragen.² Auch stieg die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim AMS im Jahresdurchschnitt um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr (Österreich: +5,3 %). Daneben hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Kärnten mit +0,6 % deutlich weniger stark zugenommen als noch im Jahr 2011 (Österreich: +1,3 %).

Besonders markant war in Kärnten der Rückgang der offenen Stellen (-22,1 %; Österreich: -8,9 %), was einen Stellenandrang von 13,4 Arbeitslosen je gemeldeter offener Stelle bedeutet. Neben der unterdurchschnittlichen Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit (+2,4 % im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2011) muss die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) hervorgehoben werden; diese sank um 19,7 % gegenüber dem Vorjahr. Strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung bestehen hingegen fort; die Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) nahm 2012 mit +7,1 % überdurchschnittlich zu, nachdem schon im Jahr 2011 ein Zuwachs von 3,1 % beobachtet wurde. Unverändert hoch ist mit 22.252 Personen auch die Anzahl der geringfügig Beschäftigten, welche im Jahr 2012 um weitere 1,8 % zugenommen hat.

Robert Klinglmair

¹ AMS Kärnten (2013). *Geschäftsbericht 2013*, S. 24.
² AMS Kärnten (2013). *Geschäftsbericht 2013*, S. 3.

Zukunft des Zukunftsfonds

Der Zukunftsfonds ist in dem Wahlkampf zum Kärntner Landtag geraten. Es häufen sich die Vorschläge zur Verwendung dieses Sondervermögens des Landes oder zumindest der jährlichen Erträge des Fonds: von der Verteilung der Mittel als Familien-, Wohn- und Gesundheitsgeld, über die Förderung von Bildung und Forschung & Entwicklung, die Unterstützung von Unternehmensgründern usw. Wie die Zukunft des Zukunftsfonds aussehen soll, ist eine Entscheidung des Kärntner Landtages mit 2/3-Mehrheit sowie eines einstimmigen Beschlusses der Kärntner Landesregierung – diese Hürden wurden bewusst eingebaut, als Landesregierung und Landtag dem Drängen der Sozialpartner entsprochen haben, nicht weiter den Erlös aus dem Verkauf der Hypo-Bank für größere Projekte der Landesentwicklung einzusetzen (z.B. als Kostenbeteiligung des Landes am Bau des Koralmtunnels), sondern die verbliebenen Mittel, rd. € 500 Mio. zur dauerhaften Veranlagung in einen Fonds einzubringen und nur noch den jährlichen Kapitalertrag für die Finanzierung oder die Förderung solcher Vorhaben zu verwenden. Bevor über eine andere Zukunft des Zukunftsfonds entschieden wird, sollte man sich zunächst aber Rechenschaft geben, wofür die Mittel in den vergangenen Jahren eingesetzt wurden, welche Impulse für die Entwicklung des Landes davon ausgegangen sind, oder wie Fehlentscheidungen in der Zukunft verhindert werden könnten.

Für die Verwendung der Erträge des neu etablierten Zukunftsfonds (Sondervermögen „Zukunft Kärnten“), aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus jährlich € 11-12 Mio., wurden Richtlinien beschlossen; ein Beirat gibt Empfehlungen zu den eingelangten Förderanträgen ab, über die dann der Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding beschließt. „Vorrangiges Ziel“ ist es nach diesen Richtlinien, besondere Impulse für die künftige Entwicklung Kärntens zu setzen und durch die Förderung innovativer und zukunftsweisender Projekte zur Steigerung der Dynamik, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung Kärntens beizutragen. Kärnten soll als High Tech Wirtschaft- und Produktionsstandort mit Drehscheibenfunktion im Alpen-Adria Raum und als Nachhaltigkeitsregion in Europa positioniert werden. Nach dieser allgemeinen Zielformulierung führen die Richtlinien mögliche Aufgabenbereiche für den Einsatz der Mittel des Zukunftsfonds auf (Wirtschaft und Tourismus, Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationstechnik, Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur, Regionalentwicklung, Sport, Kunst und Kultur, Familie und Umweltschutz) mit jeweils beispielhaft genannten Schwerpunkten. Inge-

samt ist der Förderbereich damit sehr breit und umfassend definiert.

Gegen den Einspruch des Beirats beim Zukunftsfonds hat die Landesregierung zusätzlich noch Förderbereiche in die Richtlinien aufgenommen, die im Widerspruch zur allgemeinen Zielsetzung für den Fonds stehen. So wurden „Maßnahmen zur Abfederung des Preisanstieges zwecks Stärkung der regionalen Kaufkraft von Familien und niederer Einkommenschichten“ in den Aufgabenkatalog aufgenommen, die die Finanzierung des Teuerungsausgleiches aus Fondserträgen ermöglichen. Ähnliches gilt für die „Unterstützung des Breitensports“ und die Förderung des Nachwuchssportes. Im Ergebnis gibt es wenig, was aus den Erträgen des Zukunftsfonds nicht gefördert werden könnte.

Wofür in den vergangenen Jahren Mittel des Zukunftsfonds eingesetzt wurden, ergibt sich aus einer umfangreichen Liste von Projekten, die die Landesholding veröffentlicht hat. Tatsächlich finden sich in dieser Liste zahlreiche Vorhaben, für die ein Bezug zur allgemeinen Zielsetzung des Zukunftsfonds nicht herzustellen ist, die in das allgemeine Budget des Landes gehören und die offensichtlich mangels einer Bedeckung im Landesbudget aus Zukunftsfondsmitteln finanziert wurden. Beispielsweise gehören hierzu die Sanierung von Gemeindestraßen und der ländliche Wegebau, das Jugendstartgeld, die Unterstützung von Sportdachverbänden und des Kärntner Fußballverbandes, die Finanzierung von Freizeitzentren, Behindertensportstätten und Golfplätzen oder die Sanierung von Volksschulen.

Für die Zukunft des Zukunftsfonds ergeben sich hieraus zwei Alternativen. Eine Möglichkeit wäre, den Zukunftsfonds aufzulösen und die Mittel zum Abbau der Schulden des Landes zu verwenden. Die konservativ veranlagten Mittel des Zukunftsfonds werfen aktuell weniger Zinsertrag ab, als die Schulden des Landes Zinsen kosten; aus dem Abbau der Schulden des Landes um € 500 Mio. ergäbe sich hieraus ein Gewinn. Die Erfahrung mit einem deutlichen Abbau von Schulden des Landes aus dem Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen und anderen Vermögenswerten im Jahr 2001 – danach sind die Landesschulden mit unveränderter Dynamik wieder angestiegen – macht es allerdings notwendig, diese Form der Schuldentilgung mit einer verfassungsrechtlich abgesicherten Stabilisierung und weiteren Reduktion der Verschuldung des Landes zu verbinden. Sonst würde möglicherweise die Schuldentilgung wiederum wirkungslos verpuffen.

Die zweite Option wäre, den Zukunftsfonds zu dem Instrument einer Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Kärnten zu machen, als

das er mit der allgemeinen Zielsetzung für den Einsatz der Fondserträge gedacht war: die Fondserträge müssten sehr viel selektiver und zielgerichteter eingesetzt werden als dies in der Vergangenheit der Fall war. Auch hier könnten zwei Alternativen überlegt werden: naheliegender wäre einerseits, die Richtlinien für die Verwendung der Fondserträge sehr viel enger und strenger zu fassen, als dies derzeit der Fall ist; andererseits könnten die Fondserträge auch einfach zur Finanzierung der Wirtschaftsförderung über den KWF eingesetzt werden.

Seit der Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in den KWF werden dessen Aktivitäten über eine Kreditermächtigung des Landes finanziert. Somit trägt der KWF zum jährlichen Wachstum der außerbudgetären Verschuldung des Landes bei (bis auf einen Stand von rund € 230 Mio. Ende 2012). Ob die KWF-Förderungen dabei mehr zum Wachstum der kärntner Wirtschaft beigetragen haben, als die Zinskosten verursacht haben (womit diese außergewöhnliche Finanzierung gerechtfertigt werden könnte), darf bezweifelt werden. Würde die KWF-Förderung auf das Niveau der jährlichen Erträge des Zukunftsfonds beschränkt (eine zusätzliche Dotierung aus Budgetmitteln wäre natürlich nicht ausgeschlossen), wären starke Einschnitte der Förderpolitik bzw. eine kritische Überprüfung mancher bisheriger Förderaktivitäten notwendig, die mit den Förderregelungen in der neuen Finanzierungsperiode 2014-2020 der EU ohnehin erforderlich werden. Insgesamt ist das KWF-Budget (im Jahr 2012 standen rd. € 36 Mio. zur Verfügung) und zusätzlich zu allen Fördermöglichkeiten auf der Ebene des Bundes eher großzügig bemessen und grundsätzlich sollte man sich von der Illusion frei machen, mit etlichen Fördermillionen mehr ein Plus an Wachstum und Beschäftigung kaufen zu können. Die neue Landesregierung und der neu gewählte Landtag sollten sich daher in jedem Fall mit der Zukunft des Zukunftsfonds beschäftigen – die bisherigen Spielregeln unverändert lassen, ist jedenfalls keine Option. Anspruchsvolle Förderrichtlinien oder Förderentscheidungen des KWF weitab von der Politik könnten jedenfalls für die Entwicklung des Landes eine weitaus höhere Rendite bringen als viele Verwendungen der Fondserträge in der Vergangenheit. Die „Sparkasse“ des Landes bliebe erhalten – wenn auch mit Zinserträgen, die wenig über den Zinsen für die privaten Sparbücher liegen.

Hans-Joachim Bodenhöfer

Finanzielle Repression

Nachdem der Höhepunkt der Staatsschulden – und Euro-Krise hinter uns zu liegen scheint –

obwohl eine neuerliche Zuspitzung etwa durch eine nicht handlungsfähige Regierung in Italien nicht auszuschließen ist – zeichnet sich eine „neue Normalität“ für Europa ab: die Verschuldung der Staaten bleibt hoch, das wirtschaftliche Wachstum bleibt gering, verbunden mit höherer Arbeitslosigkeit und die Renditen an den Kapitalmärkten bleiben gering. Die expansive Geldpolitik der Zentralbanken kann die Konjunktur allenfalls kurzfristig befeuern, hohe Liquidität und niedrige Zinsen führen nicht zu höheren Investitionen – möglicherweise zu Vermögenspreisblasen, etwa am Immobilienmarkt.

Die Normalität in den kommenden Jahren wird zudem durch das Phänomen der finanziellen Repression bestimmt sein. Die hochverschuldeten Staaten können den über Jahrzehnte aufgebauten Verschuldungsgrad über Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen nicht wesentlich reduzieren – das zeigen schon die Schwierigkeiten, die Maastricht-Obergrenze von 3 Prozent des BIP und darüber hinaus eine Neuverschuldung von Null zu erreichen, die den absoluten Schuldenstand nur konstant halten würde, während ein „Herauswachsen“ aus der Verschuldung über hohes Wirtschaftswachstum ebenso unrealistisch ist. Bleibt die Möglichkeit einer schleichenden realen Entschuldung bei niedrigen Zinsen und höherer Inflation: finanzielle Repression.

Negative Realzinsen, wie sie heute zum Schrecken von Sparern, Anlegern oder Versicherungen schon gegeben sind, bleiben kein vorübergehendes Phänomen, sondern werden zum bevorzugten Instrument, die staatliche Schuldenlast abzubauen. Notwendig hierfür sind dauerhaft niedrige Zinsen für Staatsanleihen und eine Geldpolitik, die eine höhere Inflationsrate, etwa 3-4 Prozent statt des Zielwertes von unter 2 Prozent, den sich die EZB gegeben hat, zulässt. Dass Staatsanleihen auch bei niedriger Verzinsung gekauft und gehalten werden, lässt sich durch Regulierungsmaßnahmen für große institutionelle Investoren sichern (etwa Basel III für Banken und Solvency II für Versicherungen, wonach Investments in Staatsanleihen, da „risikolos“, nicht mit knappem Eigenkapital unterlegt werden müssen, anders als Kredite an Unternehmen oder Unternehmensanleihen); die überreichliche Liquiditätsversorgung der Banken durch die Zentralbanken wird so an die Staaten zu niedrigen Zinsen (in Deutschland auch schon mal zu Negativzinsen) weitergeleitet. Lässt die expansive Geldpolitik schließlich auch die Verbraucherpreise steigen und verletzt damit geldpolitische Stabilitätsziele, ist die Frage, inwieweit sich eine unabhängige Zentralbank tatsächlich dem Druck der Politik entziehen kann.

Eine Strategie der finanziellen Repression ist nichts Neues. Sie war vor allem in den USA in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sehr ausgeprägt und erfolgreich, um die Verschuldung des Landes aufgrund der Kriegslasten wieder zu reduzieren. Es ist offensichtlich aber auch eine Strategie mit hohen Risiken, vor allem in einer globalisierten Welt mit eng verflochtenen Kapitalmärkten. Um eine rasche und deutliche Reduzierung des Verschuldungsgrades zu erreichen, ist eine sehr hohe Geldentwertung notwendig; die Inflationsrate auf einem moderaten Niveau konstant zu halten ist dagegen eine schwierige Aufgabe; mangelnde internationale Koordination führt zu Kapitalverkehrskontrollen, die das Wachstum schwächen; Auswirkungen auf den Wechselkurs können einen „Währungskrieg“ auslösen.

Auch die Entwertung der Ersparnisse durch die finanzielle Repression ist damit kein einfacher Weg aus der Schuldenkrise. Sparer und andere Gläubiger haben ihr Geld bereits zu einem guten Teil verloren und dieser Prozess wird sich fortsetzen. Für Anleger stehen schwierige Jahre bevor, in denen sich, trotz aktueller Beruhigung der Krise, auch dramatische Zuspitzungen und radikale Lösungsversuche zeigen können.

Hans-Joachim Bodenhöfer

Serie Demographischer Wandel (VI): Migration für Kärnten?

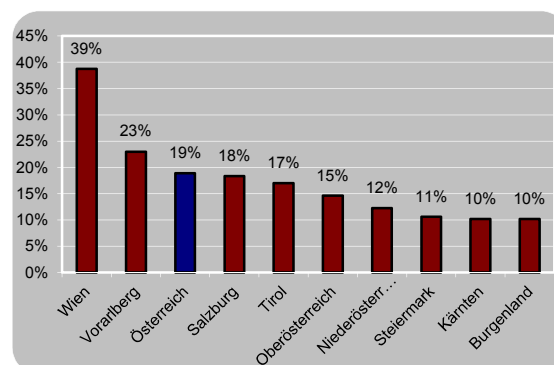
Die bisherigen fünf Beiträge aus der Serie Demographischer Wandel haben zentrale Herausforderungen des demographischen Wandels diskutiert. Im Fokus des folgenden Beitrages stehen potentielle Lösungsansätze zur Begegnung des Bevölkerungsrückgangs und der Bevölkerungsalterung in Kärnten. Zu Beginn soll der häufig genannte und kontrovers diskutierte Themenbereich der Migration aufgeworfen werden. In diesem Zusammenhang ist einerseits die Zuwanderung aus dem Ausland und andererseits jene aus dem Inland, d.h. den anderen österreichischen Bundesländern, zu berücksichtigen.

Das Bundesland Kärnten wies in den vergangenen zehn Jahren ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 243 Personen aus dem Wanderungssaldo auf. Dies ist im Bundesländervergleich der geringste jährliche Zugewinn aus Wanderungen; lediglich Vorarlberg (+552) sowie Salzburg (+633) stechen mit Werten unter 1.700 Personen jährlich ebenfalls hervor. Der vergleichsweise geringe Bevölkerungszuwachs aus Wanderungen in Kärnten ist dabei insbesondere auf das negative Binnenwanderungssaldo zurückzuführen. Von 2002 bis 2011 betrug das jährliche Defizit aus Binnenwanderungen durchschnittlich 1.029 Perso-

nen.³ Dabei sind es zumeist Personen im jungen Alter, welche Kärnten verlassen und damit eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Als die zentralen Gründe für den „Bain Drain“ können – abgesehen von Studienzwecken – fehlende Stellen mit Karriereöglichkeiten und guter Bezahlung für Hochqualifizierte angesehen werden. Auch die Bevölkerungsprognosen bis 2030 lassen keine Trendumkehr in Bezug auf die Binnenwanderung erwarten: es werden weiterhin Defizite vorhergesagt – wenn auch mit sinkendem Niveau.⁴

In Bezug auf internationale Wanderungen weist Kärnten zwar einen positiven Wanderungssaldo auf (+1.272 Personen jährlich von 2002-2011), kann jedoch nicht zu den primären Einwanderungsregionen innerhalb Österreichs gezählt werden. So betrug der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 lediglich 10,2 %. Damit bildet das Bundesland gemeinsam mit dem Burgenland das Schlusslicht im österreichischen Vergleich, bei einem Durchschnittswert von 18,9 % für Österreich (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Bundesländervergleich 2011



Quelle: Statistik Austria (2012); Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung; eigene Darstellung

Der vergleichsweise geringe Anteil an Personen mit Migrationshintergrund stellt auch ein Hindernis für die künftige Migration nach Kärnten dar. So wird im Rahmen der Wanderungsentscheidung neben Wohlfahrtsunterschieden und der räumlichen Nähe insbesondere Netzwerk-Effekten eine bedeutende Rolle beigemessen, d.h. je mehr Personen sich mit derselben Kultur und Sprache in einem fremden Land befinden, desto attraktiver ist die entsprechende Region für künftige Zuwanderer/innen.⁵

³ Vgl. Statistik Austria (2012): Wanderungsstatistik. Wien.

⁴ So wird für das Jahr 2020 ein Binnenwanderungsdefizit von 749 Personen vorhergesagt; 2030 lediglich noch von 384 Personen. Vgl. Statistik Austria (2012): Bevölkerungsprognose. Wien.

⁵ Die Begründung hierfür liegt darin, dass bestehende Netzwerke die Kosten und Risiken einer Wanderungsbewegung senken. Vgl. u.a. Deléchat, C. (2001): International Migration Dynamics: The Role of Experience and Social Networks. In: Labour, Vol. 15, Nr. 3, S. 457-486.

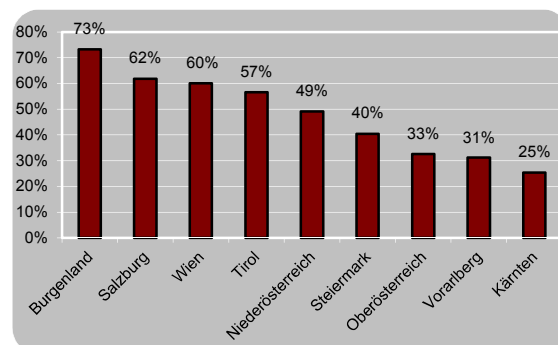
Der Wettbewerb um hochqualifizierte Zuwanderer/innen wird künftig aufgrund der demographischen Entwicklung in der gesamten Europäischen Union weiter zunehmen. Von einer starken Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus der Europäischen Union nach Kärnten ist daher auch in den nächsten Jahren kaum auszugehen. Zudem könnte die demographische Entwicklung Migrationsbewegungen künftig hemmen, da ältere Menschen mit geringerer Wahrscheinlichkeit emigrieren.⁶ In Hinblick auf die Zuwanderung aus weiterer Entfernung gilt jedoch, dass die Europäische Union für Hochqualifizierte nicht als klassische Zuwanderungsregion wahrgenommen wird, weshalb Leistungsträger vielmehr in Länder wie die USA, Kanada oder Australien strömen.

Es gilt daher Bestrebungen, welche die Mobilität innerhalb Europas erhöhen sowie Europa als Einwanderungsregion für Fachkräfte attraktiver machen, voranzutreiben. Insbesondere Österreich zählt in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Deutschland zu jenen Ländern mit einer sehr restriktiven Einwanderungspolitik, wie beispielsweise der Gebrauch von Zugangsbeschränkungen im Rahmen der beiden EU-Osterweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 zeigte. Mit der schrittweisen Einführung der „Rot-Weiß-Rot-Karte“ kommt Österreich der Forderung nach, Hochqualifizierten, Schlüsselkräften und Arbeitskräften in Mangelberufen aus Drittländern erleichterten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt zu gewähren. Anhand eines Punktesystems werden die jeweiligen Anforderungen nach objektiven Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung, Alter, Sprachkenntnisse und Mindestlohn beurteilt.

Die Rot-Weiß-Rot-Karte nimmt auch die Zielgruppe der Studierenden mit auf: Nach Abschluss eines Diplom- oder Masterstudiums an einer inländischen Hochschule können ausländische Studierende einen Aufenthalt von sechs Monaten zum Zweck der Arbeitssuche beantragen. Sofern innerhalb dieses Zeitraumes eine dem Ausbildungsniveau entsprechende Arbeit gefunden ist, kann eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragt werden. Diese Regelung ist als sehr positiv zu bewerten. So zeigt eine Befragung von über 4.000 hochqualifizierten Deutschen, welche einer Tätigkeit im Ausland nachgehen, dass mehr als die Hälfte der Befragten erstmals aufgrund einer längerdauernden akademischen oder anderwärtigen

beruflichen Fortbildung in das jeweilige Aufenthaltsland kamen.⁷ Auch in dieser Hinsicht ist das Potential in Kärnten jedoch gering: Kärnten weist österreichweit den geringsten Anteil an nicht aus dem eigenen Bundesland stammenden Studierenden auf: im Schuljahr 2010/11 lag dieser bei 25,4 % (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Anteil an Studierenden aus anderen Bundesländern sowie dem Ausland, 2010/11



Quelle: Statistik Austria (2012); *Bildung in Zahlen*; eigene Berechnungen IHS Kärnten.

Aus der genannten Befragung geht auch hervor, dass insbesondere die Möglichkeit, an einer renommierten Institution zu arbeiten als Hauptmotiv für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit im Ausland angegeben wird. Über 50 % der Befragten nennen die Möglichkeit ein Forschungsthema vertieft zu bearbeiten, bessere Karrierechancen vorzufinden sowie andere Arbeitsmethoden bzw. -techniken kennenlernen zu wollen als Motive. Die Attraktivität des vergleichsweise eher als strukturschwach zu charakterisierenden Bundeslandes Kärnten ist in diesem Zusammenhang zu hinterfragen. Auch ehemals ausgewanderte Hochqualifizierte wieder zur Rückkehr zu bewegen, scheint schwierig, da für diese laut den empirischen Ergebnissen u.a. ein ausreichendes Angebot an adäquaten Stellen, ein gutes Stellenangebot für den Lebenspartner oder auch gute Aufstiegschancen Voraussetzungen für eine Rückkehr darstellen. Eine Attraktivitätssteigerung des Bundeslandes Kärnten für Migrant/innen aus dem In- und Ausland kann in weiterer Folge nur durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Positionierung des Landes als wissensbasierter und bildungsintensiver Dienstleistungsraum erfolgen.

Die Zufriedenheit Hochqualifizierter im Ausland ist neben Karriereaspekten in hohem Maße auch von sozialen Rahmenbedingungen abhängig. So finden sich bei verheirateten oder in fester Partnerschaft lebenden im Ausland tätigen Deutschen mit Kindern unter den ersten zehn Nennungen wesentlicher Aspekte für die Zufriedenheit, familiäre Belange mit dem

⁶ Die höhere Migrationswahrscheinlichkeit jüngerer Personen ergibt sich daraus, dass der erwartete Nutzen über den Lebenszyklus höher ist. Vgl. Zimmermann, K.F. (2009): *Mobilitätspolitik in Europa*. IZA Standpunkte, Nr. 7, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit: Bonn. Auch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit macht eine Mobilitätsentscheidung komplexer und folgend weniger wahrscheinlich.

⁷ Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2002): *Brain Drain – Brain Gain*. Eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren.

Beruf vereinbaren zu können, geeignete Schulen für die Kinder vor Ort, gute berufliche Möglichkeiten für den Lebenspartner, attraktive Wohnmöglichkeiten sowie flexible Möglichkeiten der Kinderbetreuung vorzufinden.⁸ Auch in Hinblick auf die Migrationspolitik sind damit Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung als von nicht zu unterschätzender Relevanz anzusehen.

Birgit Aigner-Walder

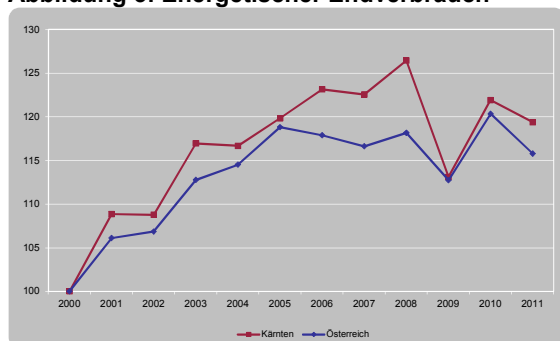
Analyse der Energiepolitik des Landes Kärnten

Im Jahr 2006 wurden von der Kärntner Landesregierung die Landesenergieleitlinien für den Zeitraum 2007-2015 verabschiedet. Die Landesenergieleitlinien sind eine Orientierungshilfe und sollen als Rahmen für die Arbeit der Kärntner Landesregierung in der Querschnittsmaterie Energiepolitik bis 2015 und über diesen Zeitpunkt hinaus dienen.

Im Auftrag des Amtes der Kärntner Landesregierung hat das IHS Kärnten im Jahr 2009/2010 eine umfangreiche Zwischenevaluierung der Landesenergieleitlinien durchgeführt. Bestandteil der Zwischenevaluierung war auch die Empfehlung, der Umsetzungsstrategie mehr Dynamik und eine an neue Entwicklungen angepasste Struktur zu geben. Auf Basis dieser neuen Struktur, aber auch unter Berücksichtigung der bestehenden Ziele der Kärntner Landesenergieleitlinien wurde im Jahr 2012 eine Folgeevaluierung durchgeführt. Die wesentlichen Ergebnisse dieser lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Zunahme des Endenergieverbrauchs in Kärnten hat durch die Wirtschafts- und Finanzkrise einen kurzfristigen Einbruch erfahren.

Abbildung 3: Energetischer Endverbrauch



Quelle: Statistik Austria (2012)

Mit der Verstärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2010 hat sich aber auch der Endenergieverbrauch rasch auf das Vorkrisenniveau erhöht (vgl. Abbildung 3). Eine nachhaltige Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf einem Niveau von 84 PJ erfordert entschlossenes Handeln, insbesondere im Sektor

Verkehr, Industrie und private Haushalte. Das Land Kärnten hat in den genannten Sektoren nur teilweise Handlungskompetenz, kann jedoch ergänzende energiepolitische Maßnahmen ergreifen.

Hinsichtlich der in den Energieleitlinien vorgesehenen Handlungsfelder zeigt sich, dass grundsätzlich in den meisten Bereichen Fortschritte erzielt wurden. So zeigt sich im Handlungsfeld „Steigerung der Energieeffizienz“, dass das bereits seit Jahren vorhandene Angebot an Beratungsleistungen bzw. Bewusstseinsbildungsmaßnahmen in den letzten Jahren konsequent weiter verfolgt und teilweise noch qualitativ ausgebaut wurde. Nachweislich werden jährlich an die 2.000 Vor-Ort-Beratungen durchgeführt. Ob das Ziel von 3.000 Beratungen im Jahr erreicht wird, kann aufgrund der Datenlage nicht abschließend beantwortet werden. Unabhängig davon hat die Beratungsleistung eine hohe Qualität, und Befragungen zeigen, dass ein Großteil der Vorort betreuten Personen auch tatsächlich eine energetische Maßnahme durchführt.

Überaus positiv ist die Entwicklung beim Programm e5-Gemeinden. Das Programm hat zum Ziel, einen bewussten Umgang mit Energie und den Umweltressourcen auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Bis Ende 2012 nahmen 32 Gemeinden am Programm teil, womit bereits 2012 der Zielwert für das Jahr 2015 übererfüllt wurde.

Eine Reduktion des Energieverbrauchs im Gebäudebestand um 20 % (Basisjahr 2004) erscheint aufgrund der vorliegenden Daten nach wie vor in weiter Ferne. Der Endenergieverbrauch im Bereich „Raumheizung und Klimaanlage“ zeigt nach wie vor keinen abnehmenden Trend und liegt deutlich über dem Zielwert von rund 19.200 TJ für das Jahr 2015. Die Dynamik der Sanierungen liegt ebenfalls unter dem erforderlichen Niveau, um das angestrebte jährliche Einsparungspotential von 290 TJ zu erreichen. Positiv ist hingegen anzumerken, dass die Zahl der thermischen Gesamt-sanierungen von 2008 auf 2011 deutlich (+ 1.290 Wohneinheiten) angestiegen ist. Dadurch konnten beträchtliche Einsparungen beim Heizwärmebedarf erzielt werden.

Im Bereich der durch die Landesimmobiliengesellschaft (LIG) bewirtschafteten Gebäude wurden in den letzten Jahren umfangreiche energetische Maßnahmen durchgeführt. Laut Auskunft der LIG wurden im Zeitraum 2006 bis 2011 dadurch rund 48 GWh eingespart bzw. der CO₂-Ausstoß um 14.680 t reduziert. Im Bereich der kommunalen, von den Gemeinden verwalteten Gebäude, zeigt sich nach wie vor ein enormes Energieeinsparungspotential.

Bereits die Zwischenevaluierung im Jahr 2010 hat gezeigt, dass der Ausbau der Fern- und Nahwärmenutzung eine positive Bilanz aufzu-

⁸ Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2002, S. 79).

weisen hat und die Zielevorgaben der Landesenergieleitlinien bereits erreicht wurden. Bei einem weiterhin positiven Trend ist sogar mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Basisjahr 2004 erreichbar.

Auch die Holznutzung nahm in Kärnten in den letzten Jahren auf knapp 3,7 Mio. Vorratsfestmeter (Vfm) deutlich zu und erreichte laut Österreichischer Waldinventur ein Niveau von knapp 72 %. Um das gesetzte Ziel, eine Nutzung des Holzzuwachses von 80 % zu erreichen, wäre eine weitere Intensivierung jedoch notwendig. Durch den Ausbau der Biomasse- und -fernwärme in Kombination mit einem Aktionsplan zur Aktivierung des Holzzuwachses im Kleinwald, wäre eine weitere Annäherung an den Zielwert machbar.

In der Evaluierung der Kärntner Landesenergieleitlinien 2007-2015 wurde als Ziel definiert, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen bis 2015 um 7 % und bis 2020 um 10 % gegenüber dem Basisjahr 2004 gesteigert werden soll. Bis 2015 würde dies einer absoluten Steigerung der Stromproduktion aus Erneuerbaren um 393 GWh entsprechen. Die Auswertung der Energiebilanz für Kärnten zeigt, dass das angestrebte Ziel im Jahr 2009 erreicht wurde, in den Jahren 2010 und 2011 – aufgrund einer rückläufigen Stromerzeugung mittels Wasserkraft – der Zielwert allerdings nicht erreicht werden konnte.

Auch der Anteil erneuerbarer Energieträger im Bereich Wärme hat sich von 2006 bis 2010 von 46 auf 57 % deutlich erhöht. Das angestrebte Ziel, von einem 60 %-igen Anteil erneuerbarer Energieträger bei der Wärmeherzeugung (im Jahr 2015) wurde somit bereits im Jahr 2010 fast erreicht. Bis 2020 soll der Anteil der Erneuerbaren auf 70 % ausgebaut werden. Zusammengefasst zeigt sich somit, dass das Bundesland Kärnten mit einem Anteil von erneuerbaren Energieträgern am Endenergieverbrauch von rund 50 % im Österreichvergleich eine Spitzenposition einnimmt.

Im Bereich des privaten Verkehrs wird vom Land Kärnten ein Ausbau der E-Mobilität vorgestellt. Die aktuellen Daten der amtlichen Statistik zeigen, dass E-Autos nur eine geringe Rolle für die Mobilität haben. In Kärnten gab es mit Jahresende 2011 laut amtlicher Statistik 99 Elektroautos, was einem Anteil von rund 0,03 % entspricht. Auch wenn für die nächsten Jahre eine deutliche Zunahme erwartet werden kann und seitens des Landes eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der E-Mobilität umgesetzt wurden, so erscheint das gesetzte Ziel von 5.000 Elektroautos bis 2015 als zu ambitioniert.

Aus Sicht des Klima- und Umweltschutzes muss die Förderung und der Ausbau des öf-

fentlichen Verkehrs als wichtigster Bereich der Verkehrspolitik des Landes Kärnten bezeichnet werden. Um hier die Entwicklung bzw. eine mögliche Zielerreichung auch messen zu können, wurde in der Zwischenevaluierung ein Zielwert festgelegt; nämlich die Steigerung der Fahrgastkilometer im öffentlichen Verkehr um 10 % bis 2015 und um 20 % bis 2020. Auf Basis der vorliegenden Daten kann festgestellt werden, dass die Zielvorgabe bereits im Jahr 2010 erreicht wurde. Von 2009 bis 2011 stiegen die Fahrgastkilometer von 66 Mio. auf 82 Mio., womit die 20 %-Hürde bis 2020 sogar überschritten wurde. Somit ist die positive Wirkung von Maßnahmen wie „Kärnten Takt“ oder „S-Bahn Kärnten“ bereits deutlich in den Zahlen ersichtlich und unterstreicht die Notwendigkeit und die Bedeutung der gesetzten Maßnahmen für die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Kärnten.

Markus Bliem

Fortsetzung Konjunktur:

In Kärnten sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten elf Monate 2012 um knapp 2 %, verglichen mit einem Anstieg um rund 2 % in ganz Österreich. In der Sachgüterherzeugung wurde die Produktion in Kärnten im Zeitraum Jänner bis Oktober um 4 % eingeschränkt, während sie in ganz Österreich um 0,4 % ausgeweitet wurde. Besonders ungünstig entwickelte sich in Kärnten die Bauwirtschaft. Während in diesem Wirtschaftsbereich im Bundesdurchschnitt die Produktion im Durchschnitt der ersten zehn Monate um 2,4 % zulegen konnte, brach sie in Kärnten um 8 % ein. Im Jahr 2013 dürfte eine moderate Erholung einsetzen. Während aber für ganz Österreich im laufenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 0,8 % und im kommenden Jahr eine Beschleunigung auf etwa 1,8 % erwartet werden kann, wird die Dynamik in Kärnten deutlich geringer ausfallen. Dies ist vor allem auf die stärkere Ausrichtung der Exportwirtschaft auf Italien und Slowenien, die sich in einer tiefen Rezession befinden, zurückzuführen. Ab Ende März wird auf der Homepage des IHS Kärnten die aktuelle Kärnten-Prognose verfügbar sein:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>

Klaus Weyerstraß

Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: info@carinthia.ihs.ac.at
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 06.03.2013